Gericht: VGH
Aktenzeichen: 7 ZB 10.1843
Sachgebietsschlüssel: 212

Rechtsquellen:

SchKfrG Art. 1 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 Satz 1, Art. 2 Abs. 1, Art. 3 Abs. 1
BayÖPNVG Art. 3 Abs. 3 Satz 2
SchBefV § 1 Satz 1 Nr. 2, § 2 Abs. 1, Abs. 2, § 3 Abs. 1, Abs. 2

Hauptpunkte:

Notwendigkeit der Schülerbeförderung
Interessenabwägung des Aufgabenträgers bei mehreren Beförderungsmöglichkeiten
mit öffentlichen Verkehrsmitteln
Grundsatz der Wirtschaftlichkeit
Zumutbarkeit des Beförderungsangebots
Änderung der Verwaltungspraxis

Leitsätze:

Kommen für die Schülerbeförderung mehrere Beförderungsmöglichkeiten mit öffentlichen Verkehrsmitteln in Betracht, hat der beförderungspflichtige Aufgabenträger bei der Auswahl nicht nur seine eigenen Interessen, sondern auch die der zu befördernden Schüler angemessen zu berücksichtigen. Bei der insoweit vorzunehmenden Interessenabwägung kommt der Kostenfrage nach derzeitiger Rechtslage in Bayern zwar kein absoluter Vorrang, aber besonderes Gewicht zu.

Beschluss des 7. Senats vom 3. Dezember 2010

(VG München, Entscheidung vom 14. Juni 2010, Az.: M 3 K 09.5087)

Gleichwohl kommt dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit kein absoluter Vorrang zu. Vielmehr sind – wie bereits ausgeführt – bei der Organisation der Schülerbeförderung und bei der Auswahl unter mehreren möglichen Verkehrsunternehmen oder -verbindungen auch die Belange der Schüler angemessen zu berücksichtigen und insbesondere auch die Zumutbarkeit des angebotenen Beförderungsmittels in den Blick zu nehmen. Der Normgeber hat allerdings davon abgesehen, hierfür nähere Kriterien - etwa hinsichtlich der maximalen Länge des zurückzulegenden Fußwegs oder der Dauer und der Sicherheit des Schulwegs - festzulegen. Somit obliegt es dem jeweiligen Aufgabenträger, hierfür ein Konzept und Kriterien zu entwickeln und auf deren Grundlage unter Berücksichtigung der besonderen Umstände des konkreten Einzelfalls über die Art und Weise der Beförderung zu entscheiden. Zu berücksichtigen sind neben der Haushaltslage des Aufgabenträgers unter anderem etwa die Anbindung mit öffentlichen Verkehrsmitteln (Abfahrts- und Ankunftszeiten, Fahrdauer, Notwendigkeit des Umstiegs und hiermit verbundene Zeitverluste), der anderweitig (zu Fuß) zurückzulegende Restweg, insbesondere dessen Länge und Sicherheit, sowie bei unterschiedlichen Beförderungsmöglichkeiten das Einsparpotential für den Aufgabenträger, zu dem die zugemuteten Erschwernisse nicht außer Verhältnis stehen dürfen. Diese Kriterien können von den jeweiligen Aufgabenträgern je nach den örtlichen Gegebenheiten auch unterschiedlich gehandhabt werden. Eine allgemeingültige Zumutbarkeits- oder Belastungsobergrenze für die zu befördernden Schüler oder sonstige fallübergreifende Maßstäbe können die Gerichte hierfür nicht festlegen. Die kommunalen Aufgabenträger sind auch nicht gehindert, ihre Beförderungspraxis bei Änderungen der zu berücksichtigenden Umstände – etwa bei einer Verschärfung der Haushaltslage – anzupassen.